



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

24. Mai 2019

# Wochenbericht KW 21

forsa | Emnid | IfD Allensbach | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 30 % bzw. 29 %, SPD zwischen 17,5 % und 16 % Grüne bei 19 % bzw. 17 %, AfD bei 13 %
Allgemeine Lebenslage:	Knappe Mehrheit sieht Entwicklung im Land negativ Weiterhin hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland, aber deutliche Unzufriedenheit mit der Versorgung von Pflegebedürftigen
Thema Bundesregierung:	Umwelt- und Klimapolitik
Flüchtlinge:	Anteil derjenigen wächst, die sich keine Sorgen über die hohen Flüchtlingszahlen machen; allerdings sehen die Bürger zunehmend eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigstes Thema:	Regierungskrise in Österreich, Rücktritt Vizekanzler Strache

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>IfD</b> <b>Allensbach<sup>2</sup></b> für FAZ
CDU/CSU	29 (-1)	29 (-)	30,0 (-)
SPD	16 (+1)	17 (+1)	17,5 (-1,0)
FDP	8 (-)	9 (-)	9,0 (-)
DIE LINKE	9 (+1)	9 (-)	8,5 (+0,5)
B'90/Grüne	19 (-1)	17 (-1)	17,0 (-1,0)
AfD	13 (-)	13 (-)	13,0 (+0,5)
Sonstige	6 (-)	6 (-)	5,0 (+1,0)
Erhebungszeitraum	13.-17.05.	16.-22.05.	03.-16.05.

Die Union liegt bei forsa 13 (-2), bei IfD Allensbach 12,5 (+1) und bei Emnid 12 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	31 (-)
Nahles	13 (+1)
Kramp-Karrenbauer	26 (+1)
Scholz	25 (+2)
Erhebungszeitraum	13.-17.05.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 18 (-1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und nur noch einen Prozentpunkt (-1) vor Olaf Scholz.

59 % (-2) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 7 % (+1) Nahles. Von den SPD-Anhängern würden sich 33 % (+3) für Nahles und 24 % (-) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Scholz sprechen sich 56 % (-3) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 16 % (+2) für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 57 % (+1) Scholz und 13 % (-1) Kramp-Karrenbauer.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (26.05.2019)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 16

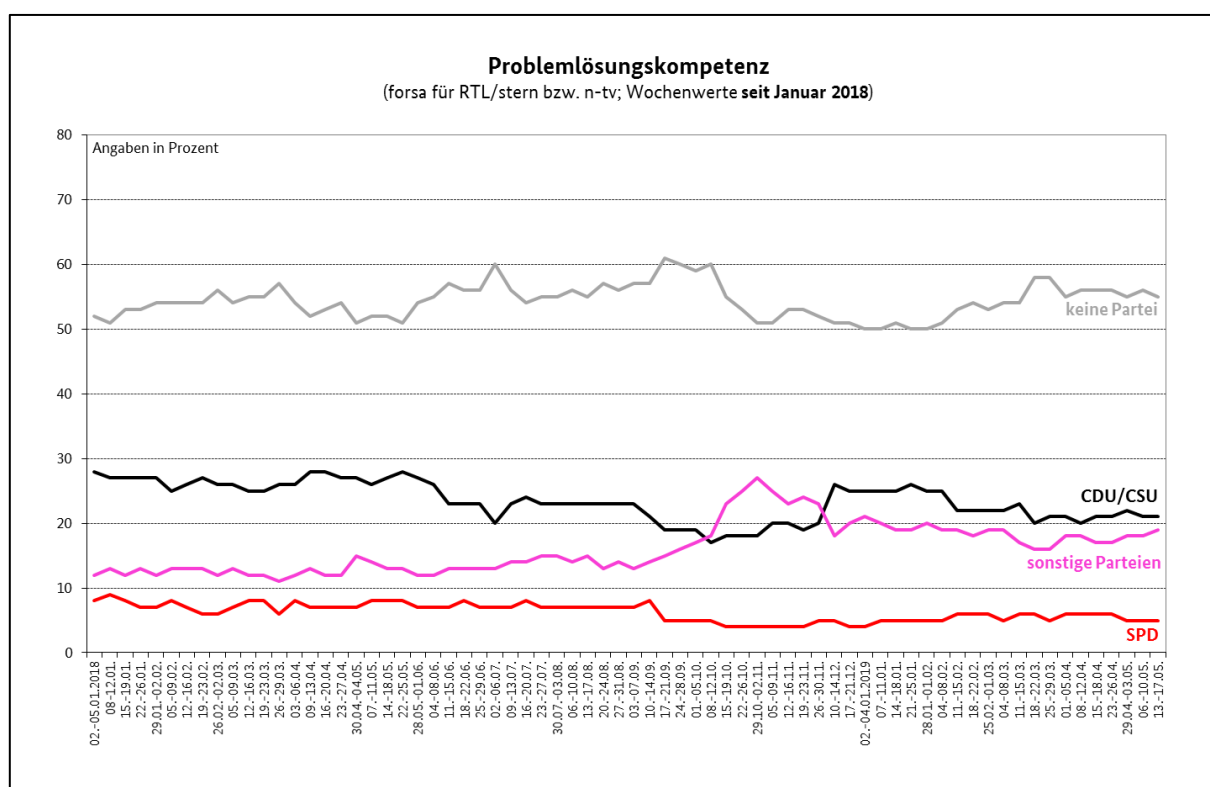
## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	21	(-)
SPD	5	(-)
sonstige Parteien	19	(+1)
keine Partei	55	(-1)
Erhebungszeitraum	13.-17.05.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

55 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



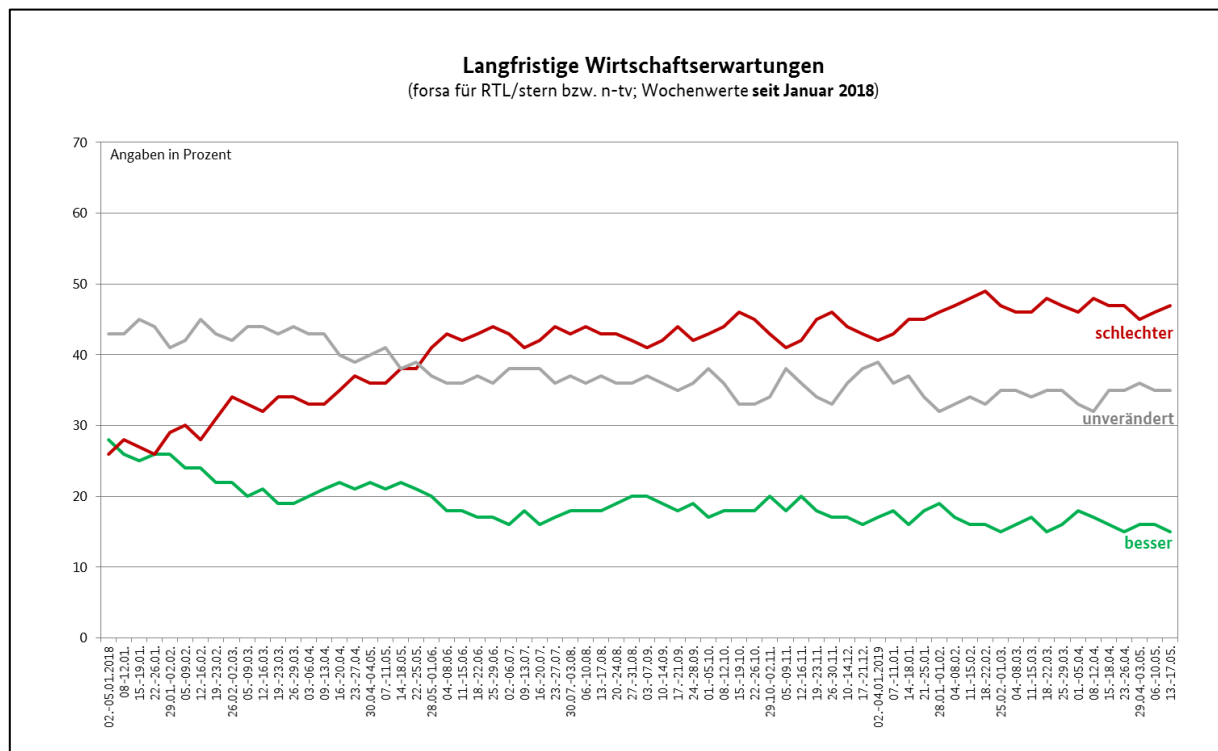
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	15	(-1)
schlechter	47	(+1)
unverändert	35	(-)
Erhebungszeitraum	13.-17.05.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 32 (+2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



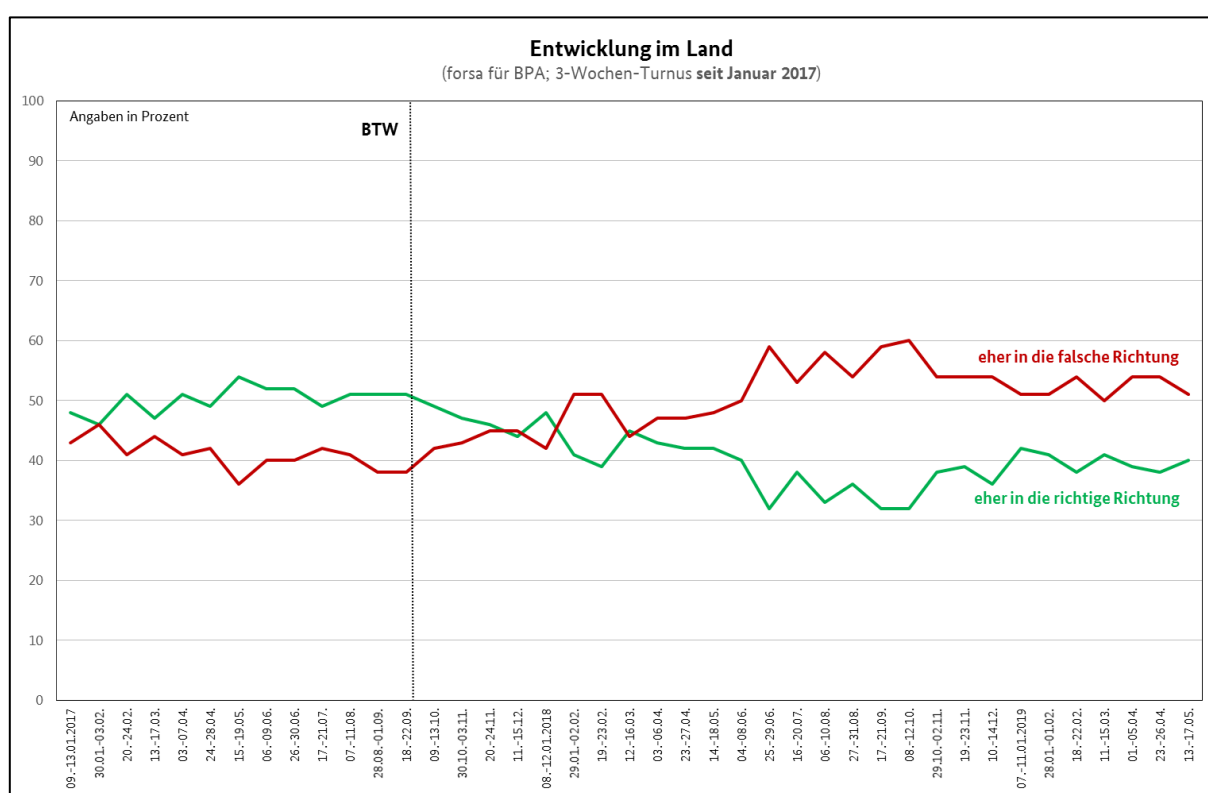
## Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 18

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	40 (+2)
eher in die falsche Richtung	51 (-3)
Erhebungszeitraum	13.-17.05.

Anhänger der Union (57 %), der Grünen (47 %) und der SPD (46 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für Personen mit einfacher formaler Bildung (60 %), 45- bis 59-Jährige (59 %) und Männer (56 %) sowie Anhänger der AfD (89 %), der Linkspartei (69 %) und der FDP (58 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



## Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 18

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität in Deutschland	86 (+1)	14 (-)
Lage am Arbeitsmarkt	70 (+3)	25 (-1)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	55 (-1)	44 (+1)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	40 (-3)	52 (+2)
Schul- und Bildungssystem in Deutschland	39 (+3)	58 (-3)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	32 (-1)	65 (-1)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	31 (-3)	63 (+1)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	31 (+1)	66 (-1)
Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	29 (-1)	69 (+1)
Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland	21 (-)	75 (+1)
Erhebungszeitraum	13.-17.05.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %), der Lage am Arbeitsmarkt (70 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (55 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In sieben von zehn Bereichen ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

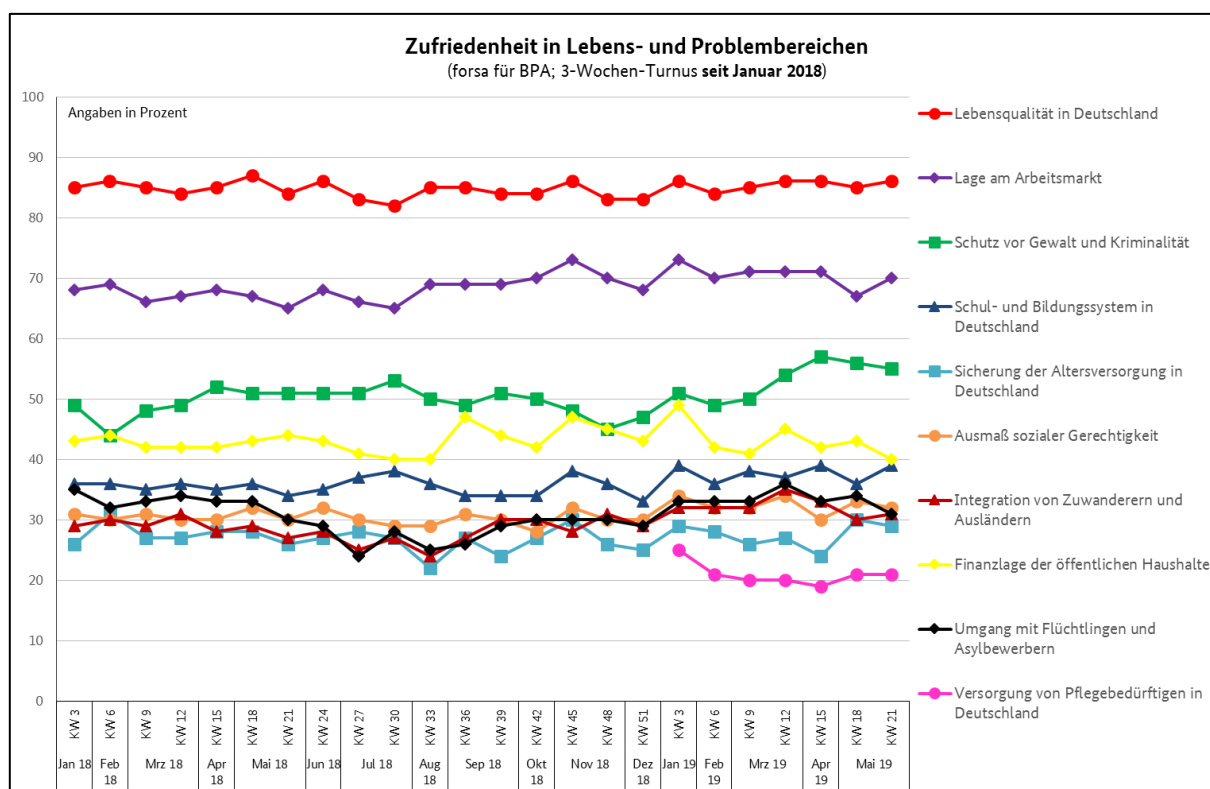
Anhänger der Grünen (73 %), der Linkspartei (65 %) und der SPD (63 %) sind überdurchschnittlich häufig (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 45-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (62 % zu 44 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (62 % zu 35 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (61 % zu 40 %). Ostdeutsche (61 %) und Anhänger der AfD (81 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Unter 30-Jährige (49 %) sowie Anhänger der Grünen (47 %), der Union und der SPD (jew. 46 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Personen mit hoher formaler Bildung sind häufiger (sehr) zufrieden als Personen mit einfacher formaler Bildung (45 % zu 32 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (45 % zu 31 %). Ostdeutsche (57 %) sowie Anhänger der AfD (68 %) und der Linkspartei (61 %) sind überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Ostdeutsche (73 %) sowie Anhänger der AfD (87 %) und der FDP (76 %) sind besonders oft unzufrieden mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern, über 30-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (71 % zu 47 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (72 % zu 61 %).

45- bis 59-Jährige (78 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (75 %) sowie Anhänger der Linkspartei (84 %) und der AfD (82 %) sind überdurchschnittlich häufig unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung.

Anhänger der Linkspartei (87 %), der Grünen (84 %) und der AfD (80 %) sind besonders oft unzufrieden mit der Versorgung von Pflegebedürftigen, Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (80 % zu 67 %).

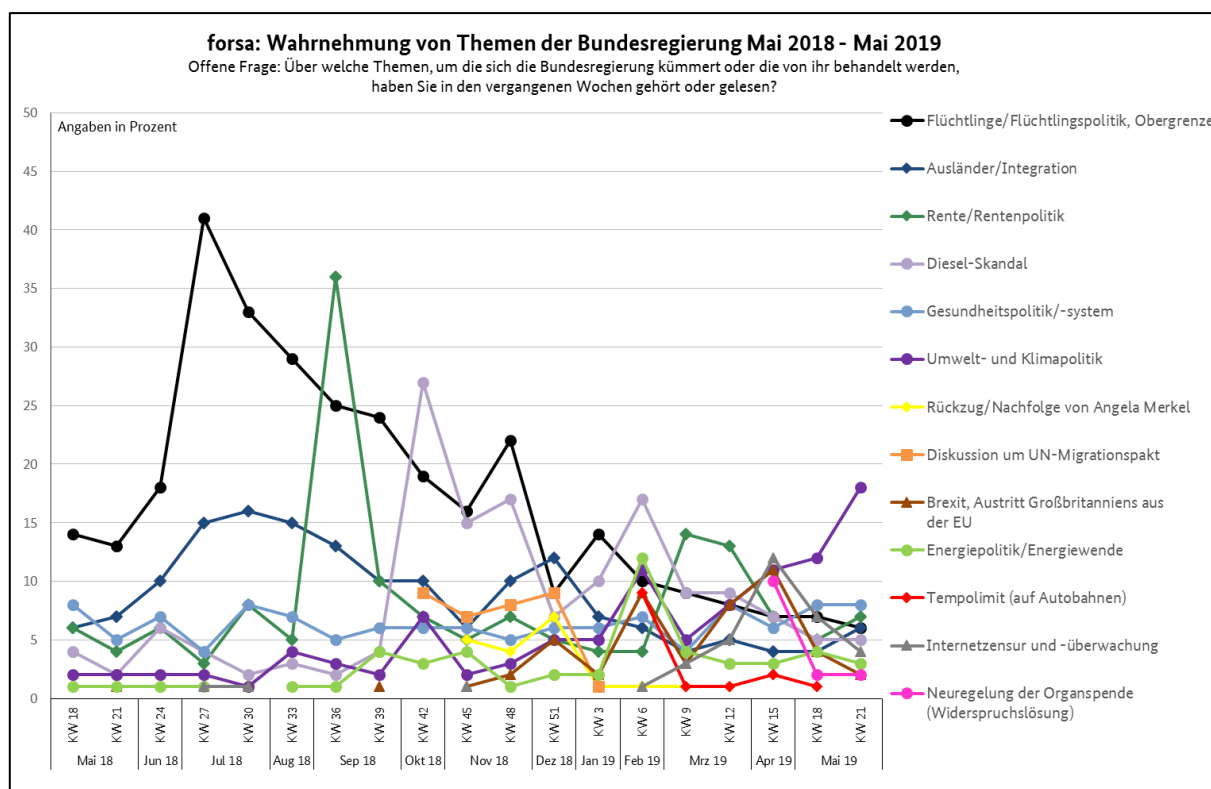


## Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 18

	forsa für BPA
Umwelt- und Klimapolitik	18 (+6)
Gesundheitspolitik/-system	8 (-)
Rente/Rentenpolitik	7 (+2)
Ausländer/Integration	6 (+2)
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik, Obergrenze	6 (-1)
Diesel-Skandal	5 (-)
Erhebungszeitraum	13.-17.05.

Die Umwelt- und Klimapolitik ist das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben. Überdurchschnittlich häufig wird es von Anhängern der Grünen (28 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (22 % zu 11 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (23 % zu 11 %).





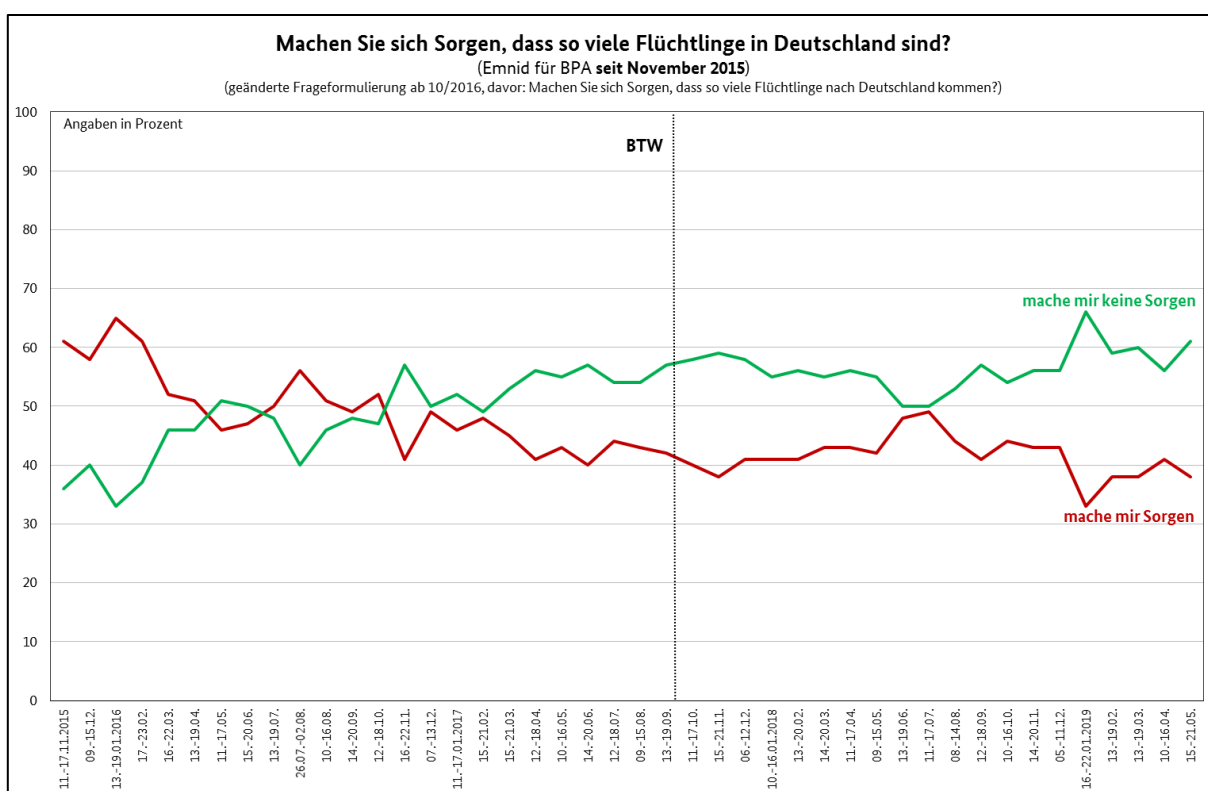
## Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	Emnid für BPA	
mache mir Sorgen	38	(-3)
mache mir keine Sorgen	61	(+5)
Erhebungszeitraum	15.-21.05.	

40- bis 49-Jährige (50 %) und Ostdeutsche (47 %) sowie Anhänger der AfD (95 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind.

Unter 30-Jährige (75 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (67 %) sowie Anhänger der Grünen (91 %), der Linkspartei (90 %) und der SPD (69 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.



## ● Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

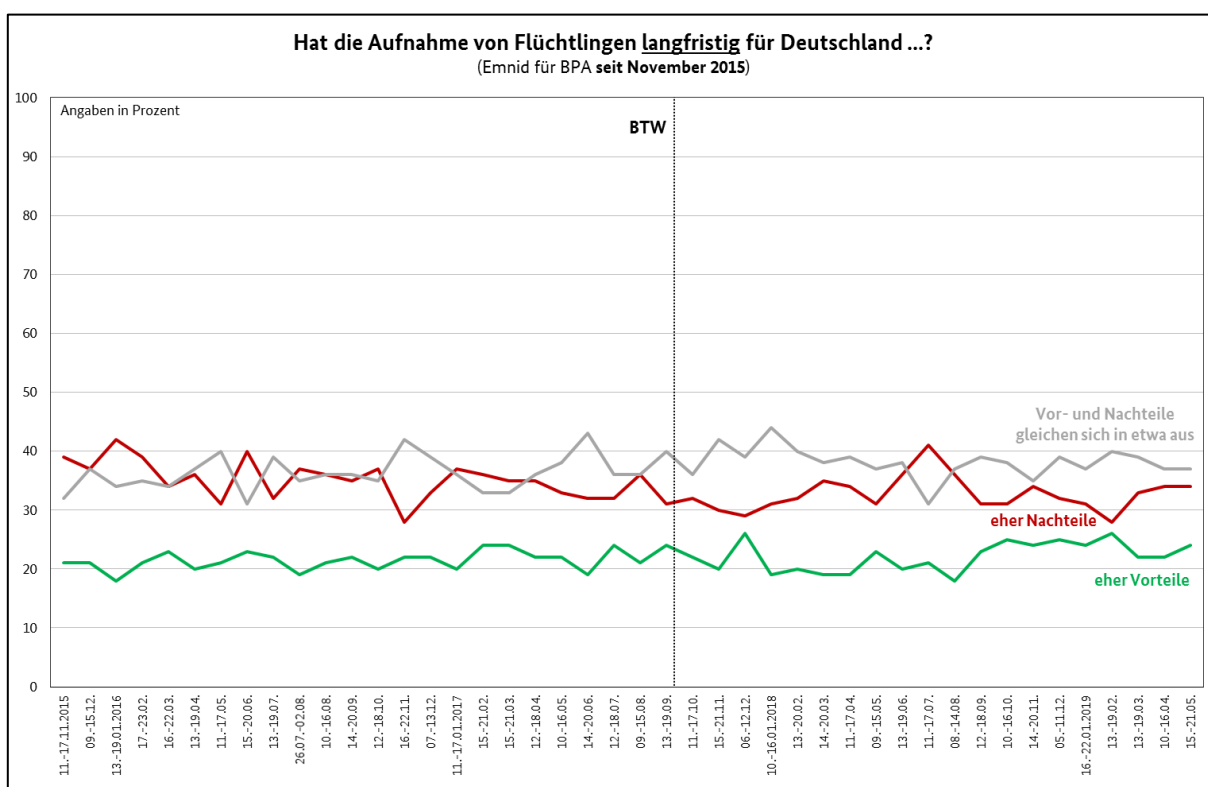
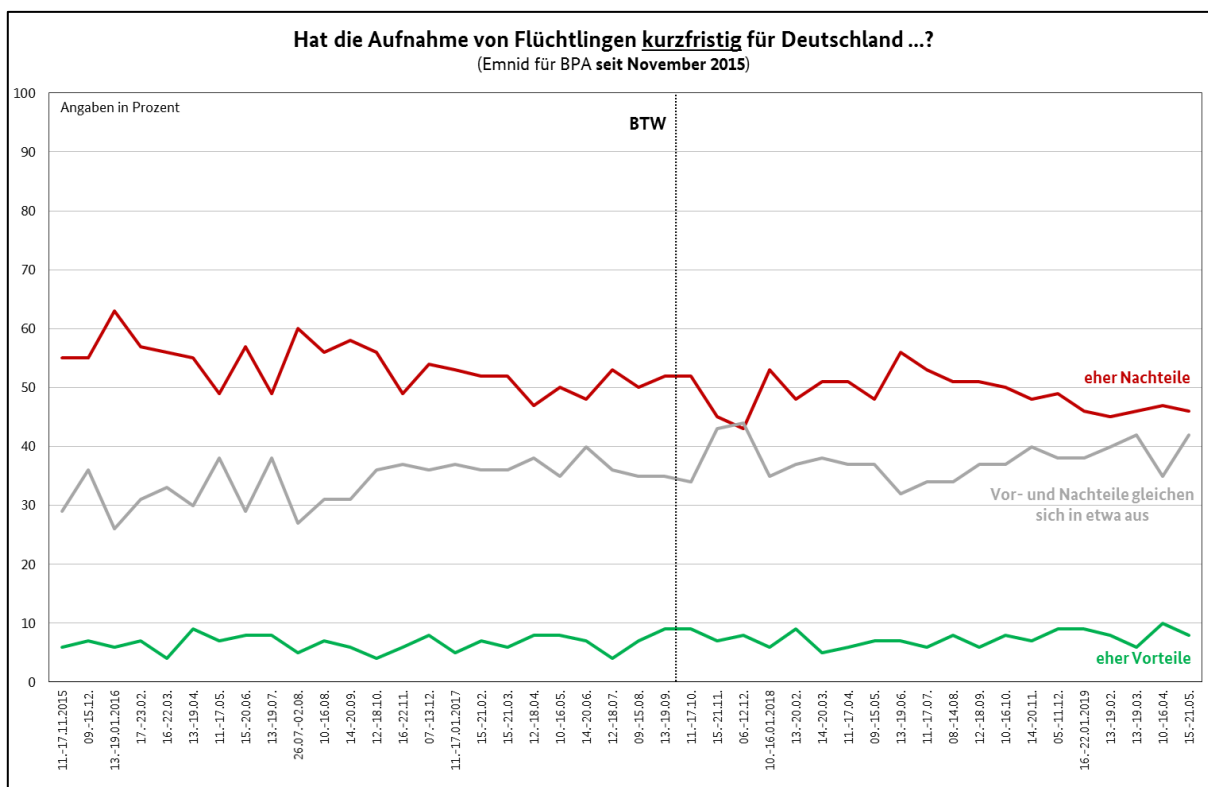
Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	8	(-2)	24	(+2)
eher Nachteile	46	(-1)	34	(-)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	42	(+7)	37	(-)
Erhebungszeitraum	15.-21.05.			

Kurzfristig sehen unter 30-Jährige (17 %) sowie Anhänger der Linkspartei (20 %), der Grünen (17 %) und der SPD (14 %) überdurchschnittlich häufig eher Vorteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. 30- bis 59-Jährige (56 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (51 %) sowie Anhänger der AfD (83 %) sehen dagegen kurzfristig überdurchschnittlich oft eher Nachteile.

Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (90 %) sowie Ostdeutsche (48 %), 30- bis 49-Jährige (43 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (41 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (32 %), unter 30-Jährige und 50- bis 59-Jährige (jew. 30 %) sowie Anhänger der Linkspartei (46 %), der Grünen (43 %) und der SPD (31 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Dass sich Vor- und Nachteile eher ausgleichen, meinen unter 30-Jährige (kurzfristig: 50 %, langfristig: 46 %) und Anhänger der Grünen (kurzfristig: 50 %, langfristig: 45 %) überdurchschnittlich häufig.



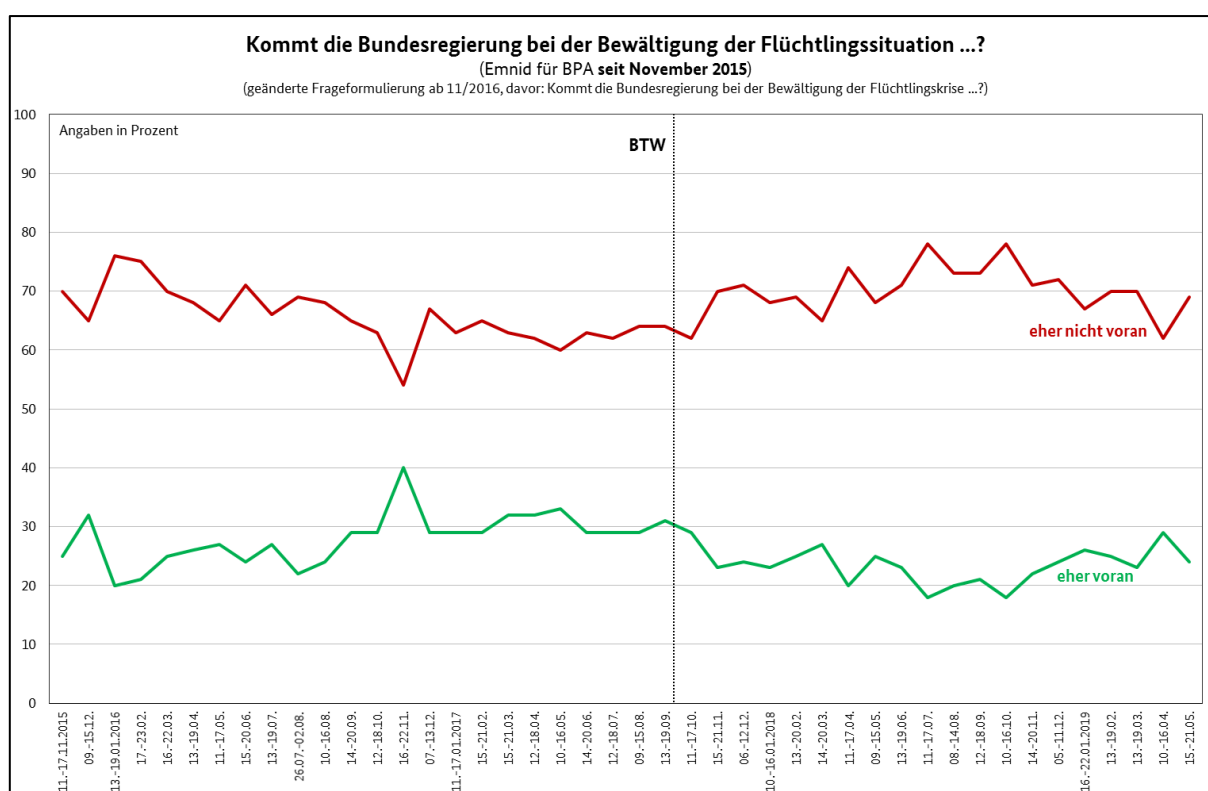
## Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 16

	<b>Emnid für BPA</b>	
eher voran	24	(-5)
eher nicht voran	69	(+7)
Erhebungszeitraum	15.-21.05.	

Anhänger der SPD (39 %), der Grünen (38 %) und der Union (29 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt.

Hingegen meinen insbesondere Ostdeutsche (86 %) und unter 30-Jährige (75 %) sowie Anhänger der AfD (99 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	<b>infratest dimap</b> für BPA
Regierungskrise in Österreich, Rücktritt Vizekanzler Strache	21 (neu)
Europawahl	13 (+2)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO <sub>2</sub> -Ausstoß	7 (-2)
Umweltpolitik/-schutz	7 (-1)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	7 (-4)
Rentenpolitik/Altersvorsorge: Debatte um Grundrente	6 (+1)
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit	5 (+1)
Erhebungszeitraum	21.-22.05.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der Regierungskrise in Österreich bzw. dem Rücktritt von Vizekanzler Strache. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der FDP (45 %), der SPD und der Grünen (jew. 28 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (30 % zu 12 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (29 % zu 12 %). Ostdeutsche (13 %) und unter 35-Jährige (14 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Unter 35-Jährige (18 %) sowie Anhänger der FDP (20 %) und der Union (19 %) nennen die Europawahl besonders oft. Personen mit hoher formaler Bildung nennen sie häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (19 % zu 8 %).

